

Zur Lage.

Die Abwehr der Verhandlungen der Hamburger Seeleute. Die Versammlung des Seemannsbundes in Hamburg war auch von vielen Nichtseelenten besucht. Viele Mitglieder des Seemannsbundes sind zur Ausfahrt bereit. Bekräftigte Verhandlungen mit dem Seemannsbunde durch Regierungsdeputierten auf der Grundlage des mit den Transportarbeitern getroffenen Abkommens, die arbeitswilligen Seeleute noch. In Bremerhaven sind die Bemannungen der Schiffe ausfahrbereit. Die geringen Verhandlungen laufen auf eine Vermittlung hinaus. Die Führer des Seemannsbundes schlagen vor: 1. Die Seeleute verbleiben auf den Schiffen zu bleiben, auf denen Verhandlungen transportiert werden. 2. Die Entente soll sich verpflichten, auf den reifen Frachtdampfern 50 Prozent der deutschen Besatzung zu besetzen. — Es ist zweifelhaft, ob die Entente sich auf diesen Boden stellen wird, ebenso ob die Versammlung des Seemannsbundes diese Vorschläge der Führer annimmt. Es kann also leicht das ganze Schiffsabgangs- und Lebensmittelsabkommen in die Brüche gehen, wenn sich eine einzelne Arbeitskategorie weiterhin anmaßt, die Interessen der ganzen Besatzung eines einseitiger Interessenspolitik heraus zu beeinflussen. — Im Anschluß an die am Mittwoch abgehaltene Versammlung des Deutschen Seemannsbundes fand gestern auf dem „Imperator“ eine Zusammenkunft der für die Schiffe der Hamburg-Amerika-Linie angemuteten und auf diesen bereits Dienst leistenden Seeleute statt, in der beschlossen wurde, nach Möglichkeit geschlossen an der vom Seemannsbunde für Freitag einberufenen Versammlung teilzunehmen, zu der auch Vertreter der Regierung geladen sind. Die Dampfer „Cleveland“ und „Parisier“, deren Ausreise für gestern in Aussicht genommen worden war, konnten nicht auslaufen, da die Helzer und Trimmer der Dampfer erst den Beschluß der heutigen Versammlung abwarten wollen. — In einer Bekanntmachung wenden sich die sozialdemokratische Partei, das Gewerkschaftsbüro, die Kommandantur des Soldatenrates und der Kommandant von Großhamburg an die Seeleute, sich der ungeheuren Verantwortung für die Ernährung des ganzen Volkes bewußt zu sein und die Schiffe herauszubringen. Alle Sicherheitsmaßnahmen und Truppen Großhamburgs hängen zum Schutze der Seeleute geschlossen bereit, wenn unverantwortliche Elemente die Lebensmittelgeschiffe mit Gewalt am Auslaufen verhindern sollten. — Gegen den vorgeschlagenen Beschluß des deutschen Seemannsbundes, wonach die Seeleute alle Grade den Dienst auf deutschen Schiffen verweigern, erklären der Verband deutscher Seeschiffervereine, der Verein deutscher Kapitane und Offiziere der Handelsmarine, der Verband deutscher Schiffingenieur und der Verband technischer Schiffsoffiziere, sehr davon überzeugt zu sein, daß die Kapitane und Schiffsoffiziere jederzeit bereit sind, im Interesse der gesicherten Lebensmittelförderung des deutschen Volkes unsere Schiffe im Sinne des Brüsseler Abkommens zu betreiben. Der „Vorwärts“ bemerkt zu dem Verhalten der Seeleute: Das Vorhaben der Hamburger Spartakisten ist nur ein Teil ihres Planes, Deutschland derart zu zerrütten, daß es nicht mehr imstande ist, sich gegen die Machtansprüche zu wehren. Nicht mit Unrecht wird man hinter diesen Vorgängen die zutreffende Hand vermuten, der der deutsche Spartakismus nur als Werkzeug dient. Der Beschluß des Abkommens von Brüssel müßte daher den Spartakisten sehr unangenehm sein. In dem Hamburger Beschluß stehen wir einen letzten Versuch, eine Durchsicht zu verhindern. Die deutschen Arbeiter sollen und müssen hungern. Das ist das A und O der Spartakistischen Politik. Mögen unsere Seeleute dafür sorgen, daß wir etwas zu essen bekommen. Mögen aber auch die Arbeiter aller Berufe erkennen, daß die Selbstverwirklichungswilligkeit des Spartakus und seiner unabhängigen Freunde ihr gefährlicher Feind ist. Wie die „N. Z.“ meldet, ist die Regierung entschlossen, den Terrorismus des Spartakistischen Deutschen Seemannsbundes, der die Ausfahrt der Lebensmittelgeschiffe aus den deutschen Häfen verhindern will, mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln kräftig zu benehmen. Es hat bereits Maßnahmen getroffen, um die arbeitswilligen Seeleute des Transportarbeiterverbandes, die gegenüber dem Seemannsbunde weitläufig in der Mehrheit sind, mit den kanitischen Mächten gegen Gewalttätigkeiten zu schützen. Die deutsche Wasserhilfskommission hat am 11. März bei den allierten Regierungen den Antrag gestellt, die Genehmigungen zur sofortigen Indienststellung von vier kleinen Kreuzern auf dem schnellsten Wege zu erteilen. Durch diese Maßnahme würde der Schutz der sofortigen Ausfahrt der Handelschiffe sowie der zu erwartenden Lebensmittelfrachttransporte garantiert. — Wie aus Bremen gemeldet wird, haben die dortigen Seeleute sich den Hamburgern angeschlossen. In Berlin werden jetzt die deutschen Schiffe mit aller Beschleunigung zur Abfahrt fertig gemacht. Die Ausreise erfolgt schon in den aller nächsten Tagen, wahrscheinlich schon von Berlin ab unter fremder Flagge. Die deutschen Besatzungen bleiben an Bord bis zur Ankunft an den Bestimmungsplätzen, wo sie durch alliierte Besatzungen abgelöst werden.

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik teilt mit: In der Morgenausgabe der „Deutschen Allg. Ztg.“ vom 18. d. M. befindet sich eine Notiz über den Zusammenritt des 2. Rätekongresses, in der es heißt, daß der Zentralrat auf dem Standpunkte steht, daß die politischen Rechte der Arbeiter durch deren Vertreter in der Nationalversammlung und in der Landesversammlung gewahrt werden und daß damit ein anderes Organ zur Vertretung der politischen Interessen der Arbeiter sich ergibt. Diese Mitteilung entspricht nicht den Tatsachen. Die Stellung des Zentralrates ist durchaus noch nicht endgültig festgelegt. Bei den bisherigen Beratungen dieser Angelegenheit hat sich ergeben, daß die Mehrheit seiner Mitglieder eine Auffassung vertritt, die der in der „Deutschen Allg. Ztg.“ vertretenen entgegengesetzt ist.

Zum Abschluß der Verhandlungen in Vosen. In der Note, die der Vösischer Neulens in Vosen dem Vorsitzenden der deutschen Unterkommission Freiherrn von Rechenberg über-

den Abschluß der Verhandlungen mitteilt, heißt es u. a. z: Die deutsche Regierung hat die Erfüllung schon zu lange hinauszogelassen. Sie ist zu verschiedenen Malen zurückgekommen auf die Abmachungen, die ohne Schwierigkeiten von ihrer Delegation angenommen worden waren. Sie hat zwar ihre Delegationen unter dem Vorwande zurückgerufen, mit ihnen zu beraten und hat sie dann ohne genügende Weisungen zurückgeschickt. Die deutsche oberste Delegation hat ihrerseits die Dinge kompliziert dadurch, daß sie ihrem unabhängigen Vertreter, General von Dommes, unterlag, das Abkommen zu unterzeichnen, das unter seiner Mitwirkung redigiert worden war. Die militärischen Behörden scheinen es sonach abzulehnen, mit der Stillgewalt einzu- gehen. Die interalliierte Kommission kann sich nicht länger zu einer Latenz hergeben, welche die Arbeit durchdrückt, den Verpflichtungen auszuweichen, die sich für die deutsche Regierung aus dem Artikel 1 des Waffenstillstandsabkommens vom 18. Februar 1918 ergeben. Sie bekräftigt daher ihre Mission als beendet und wird Vosen Donnerstag abend verlassen. Die polnische Regierung ist benachteiligt und wird im Benehmen mit Kurier Czajkowski alle Maßnahmen treffen, welche die Abreise der deutschen Delegation von Danzig als erzwungen. — Von zehnjähriger Seite wird hierzu bemerkt: Diese Note des Vösischer Neulens geht um den eigentlichen Kernpunkt herum. Darf die deutsche Regierung dadurch, daß sie von vornherein den Gegnern die Mehrheit in der Kommission zugehand, die endgültige Entscheidung über das Schicksal der Deutschen in Vosen rechts in die Hände der Alliierten legen? Das dürfte sie nicht. Deshalb bleibt sie bei dem Vorschlage und wies ihre Unterhändler, die in allen sonstigen Fragen freie Hand hatten, in diesem einzigen Punkte auf jede Gefahr hin streng an, festzuhalten.

Die Sozialisierung. Das Kabinett hat in seiner Sitzung vom 18. d. M. beschlossen, das Reichssozialisationsamt mit der schleunigen Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfes zu beauftragen, der die Sozialisierung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, sowie der Straßenbahnen herbeiführen soll. Dieser Beschluß trifft sich in seinen Absichten mit dem Gesetzesentwurf über die Kommunalisierung von Wirtschaftsunternehmen, den die Sozialisationskommission ausgearbeitet hat. Die von ihr dort angeführten wirtschaftliche insbesondere die Erzeugung von Nahrungsmitteln (Brotverfahren), die Herstellung von Kleinwohnungen, die gewerbliche Stellenvermittlung und die Kommunalisierung der Hospitäler müssen nach dem Sinne der Regierung den Kommunen und Kommunalverbänden die Möglichkeit geben, auch ihrerseits den Sozialisationsgedanken für die Gemeindefürsorge zu machen, um so von der politischen zur wirtschaftlichen Selbstverwaltung großen Schritt zu kommen.

Der französische Marineminister bekräftigt die Beschlüsse des Ausschusses, die den Kleinen Kanal im West-Deutschland lassen wollen. Er verlangt, daß der Kanal jederzeit für alle Nationen geöffnet sei.

Verletzung des Moskauer Schiedsgerichts. Der Reichspräsident ist infolge der Berichte über eine Verletzung des Moskauer Schiedsgerichts sofort beim Reichswehrminister vorkella geworden. Die gerichtliche Untersuchung ist bereits eingeleitet.

Die Sozialisationskommission hat der Reichsregierung den Entwurf eines Rahmengesetzes über Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben überreicht. Nach § 1 soll den Gemeindefürsorge die Kommunalisierung für eine Reihe von Wirtschaftsbetrieben zugesprochen werden, ohne an kanitische Genehmigungen gebunden zu sein. In § 4 ist die Ausübung dieses Rechtes an die Genehmigung der Landeszentralbehörde geknüpft. Um ein einheitliches Vorgehen zu erzielen, soll nach § 5 das zur Durchführung der Kommunalisierung erforderliche Enteignungsrecht gegen Entschädigung den Gemeindefürsorge verliehen werden. § 7 überläßt der Landesregierung, zu bestimmen, ob und in welcher Form der Bundesrat selbst die aus dem Gesetzesentwurf sich ergebenden Monopolrechte der Gemeinden an sich ziehen will. Der Entwurf bietet lediglich einen Rahmen, schafft die Möglichkeit der Kommunalisierung, legt aber nichts über den Grad und Umfang im einzelnen.

Vertikales und Sächsisches.

Mela, den 21. März 1919.
— Vom Landeslebensmittellamt. Unserem Vertreter wird vom Landeslebensmittellamt mitgeteilt, daß für die Versorgungsperiode vom 16. April bis 15. Mai an Lebensmittel das volle Quantum von 2 Pfund auf den Kopf verteilt werden soll. Für den Fischfang sind in Bräuerei-Erläuterungen zugehanden worden. In der nächsten Zeit stehen uns Waideln in größerem Umfang zur Verfügung. Es darf darauf hingewiesen werden, daß die Waideln sehr einseitig sind und darum ein gutes Nährmittel sind. Der Nährwert und Einseitigkeit der Waideln ist ungefähr halb so groß wie der des Kündfleischs. Bisher hat es sich nur um holländische Waideln gehandelt. Jetzt stehen uns auch deutsche Waideln zur Verfügung. Diese sind größer, besser und saubere als die holländischen Waideln. Im übrigen ist auch die Transportdauer eine kürzere. Holländisches Waideln wird demnach in Deutschland erwartet; wenn es gut ankommt, wird das Pfund etwa zu 20 Pf. abgeben werden können. Durch den Streik in Wittgensteinsland ist aber eine starke Störung eingetreten. Der Vorrat an Waideln ist noch vollkommen genügend. Die Kartoffelzubereitung haben sich neuerdings wieder etwas verbessert. Am 15. Dezember sollten 75 Prozent der Versorgungsbevorratung von 5,7 Millionen Zentnern geliefert sein. Bisher sind aber insgesamt nur 3,8 Millionen Zentner geliefert worden. Das liegt z. T. an den verspäteten Ernte, zum Teil an den zahlreichen Grippeerkrankungen im Herbst und an den Transportverweigerungen. Da wir inzwischen Vosen als Versorgungsbevoll befürchten haben, ist eine neue Umlage für Zentren erfolgt. Hierbei

haben wir, wie die Landeshilfskommission mitteilt, gute Bezüge erhalten. Die Landeshilfskommission für den Osten sind die Monate April und Mai, da dort der Frost nicht vor Mitte April aus dem Foden herausgeht. Der Jüdenaufbau ist in Deutschland außerordentlich stark zurückgegangen, jedoch die Sorge berechtigt war, ob wir wohl unsere Jüdenration aufrecht erhalten können. In Berlin finden zurzeit Verhandlungen statt, durch welche Maßnahmen für die Bedienung des Jüdenaufbaus geschaffen werden sollen. Von der ersten Lebensmittellieferung der Entente kommen nach Zahlen 1600 Tonnen Fleisch und Speck, mit deren halbjährigen Entziffen zu rechnen ist. Aus dieser Lieferung soll eine Sonderablieferung von 400 Gramm Schweinefleisch und Speck erfolgen. An Milch bekommen wir 3000 Kisten lombardische Milch, und zwar teils Vollmilch, teils Sahne. Ueber die Preise ist noch nichts bekannt. Das Milchfleisch dürfte sich auf etwa 3,50 bis 3,75 Pf. stellen. Im übrigen wird hauptsächlich Weizen zur Einfuhr gelangen.

— Beratungsausschüsse für Geschäftskranke. Wie aus dem amtlichen Teile vorl. Nr. ersichtlich ist, befindet sich in Dresden-N. Ullasstraße 25, eine Beratungsausschüsse für Geschäftsleute aus dem Bezirke der Kreisoberhauptmannschaft Dresden. Dasselbe findet n. a. jeden Sonntag und Mittwoch nachmittags 1 bis 2 Uhr unentgeltliche ärztliche Beratungen für Männer und Frauen aus dem hiesigen Bezirke statt.

— Konferenz über die Sozialisierungsfrage. Die „Dresdener Volkszeitung“ meldet: Im Sitzungssaal der ehemaligen Ersten Kammer fand am Mittwoch eine von der Regierung einberufene Konferenz über die Sozialisierungsfrage statt. Hauptredner waren Dr. Neurath, Dr. Schulmann, Heinrich Cunow, Berlin, und Otto Guo, Essen. An der Aussprache beteiligten sich ferner Arbeitsminister Schwarz, Abg. Fleißner und Oberbürgermeister Führer. Genosse Dr. Brandmayer, der die Verhandlungen leitete, stellte am Schluß fest, daß die Aussprache sehr nützlich gewesen sei und Mängel gewirkt habe, zumal alle Redner von dem sachlichen Bedenken geleitet gewesen seien, der Sozialisierung zu dienen, aber sie nicht durch Überbürdung und Planlosigkeit zu gefährden.

— Döbeln. Aus dem hiesigen Hauptbahnhof wurde ein Koffer verschluckt, der sich einem Rentner frischgeschlachtetes Schweinefleisch enthielt. Durch die sofort eingeleiteten Ermittlungen gelang es, die am dem Vergehen beteiligten Personen zu ermitteln.

— Dresden. Der Sozialist Brändberg ist gestern in Dresden verhaftet worden. — Aus einer Privatwohnung in der Prager Straße haben Liebes einen ca. zwei Zentner schweren Geldschrank mit 2000 A Wertes.

— Zwickau. Die Stadtverordneten beschlossen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten die altsächsische Erziehung einer höheren Mädchenschule (Mädchenrealschule) im Sinne des Gesetzes als Ersatz für die durch Einführung der allgemeinen Volksschule in Wegfall kommende Mädchenbildung der bisherigen höheren Bürgerk. — Das Schwurgericht verurteilte den 37 Jahre alten Bergarbeiter König aus Kruwittendorf, welcher am 7. September v. J. seine Mutter, mit der er wegen des Bauarbeitenhändlers in Strie-geraten war, erschlagen hatte, wegen Totschlags an 11 Jahren Zuchthaus und 5-jährigen Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

— Plauen. In den letzten Nächten sind wieder eine größere Anzahl Einbrüche vorgekommen, durch welche die Betroffenen teilweise recht empfindlich geschädigt wurden. In einem Goldwärendeich wurde eine größere Anzahl Schmuck- und Gebrauchsgegenstände im Werte von 2000 A gehoben. Einem Coffer sind photographische Apparate im Werte von 500 A, dem Inhaber eines Blaarsengeschäftes Bilgaren im Werte von 600 A, dem Wirt der Wald-Einfuhr-stätte Ego eine Ringe und ein Sofa mittels Einbruchs gehoben worden. Außerdem sind eine Reihe von Kellerkästchen, ferner Rantichen und Bücherbibliothek in verschiedenen Fällen zu verzeichnen gewesen. Die Polizei ist der Ansicht, daß mehrere dieser Einbrüche auf das Konto des verhafteten Handarbeiters Pauli und seiner Spielgesellen zu verbuchen sind.

— Leipzig. „Es ist alles schon dagewesen?“ — Ob aber, wie dies in den letzten Tagen vielfach vorgekommen ist, ein ganzes gemauertes Haus schon einmal gehoben worden ist, dürfte denn doch wohl fraglich sein. Wie bei der Stimmanpolizei angegeben worden ist, ist nämlich vor einigen Tagen ein 17 Meter langer, 9 Meter breiter und 3 Meter hoher Gebäude, das als Kantine benutzt worden ist und an der Gindenburgstraße nahe der Rohle anstanden hat, bestehend aus etwa 15 000 Ziegeln, 9 Türen, 9 Fenstern und einer Abortanlage, von seinem Standort vollständig verschwunden und ohne allen Zweifel gehoben worden.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.
Die Vermögensabgabe. Die „Deutsche Allg. Ztg.“ schreibt: In der Presse wird seit einigen Tagen die Frage erörtert, welcher Zeitpunkt für Abgabenverhältnisse, die sich mit v. S. um, bei der geplanten großen Vermögensabgabe als Stichtag gewählt werden würde. Dazu ist zu bemerken, daß der Gesetzesentwurf über die große Vermögensabgabe noch nicht fertig gestellt ist. Insbesondere liegt eine Entschädigung über den Stichtag noch nicht vor. Die von einigen Seiten getauerte Annahme, daß der 31. Dezember 1918 als Stichtag ausgemeldet, ist hiernach unzutreffend. Es ist im Gegenteil noch wie vor damit zu rechnen, daß an diesem Termin nicht nur für die Einzelpersonen, sondern insbesondere auch für Gesellschaften bei der Vermögensabgabe zum Zwecke der Abgabenerhebung festgehalten wird.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 21. März 1919.
Meldungen der Berliner Morgenblätter.
1) Berlin. Nach Mitteilungen des Seemannsbundes wäre die Reichsregierung durch Vermittlung einer ant-
nisch frechten. Nicht meine Arbeit wollt ihr, die ich freudig tue, sondern Leib und Leben. Verlaufen soll ich mich an Uwe für das armeilige Südtien Brot, das ich bei euch esse. Kein, und taufendmal nein, sage ich euch. Bevor ich mich in diese Knechtstafel füge, gehe ich ins tiefste Meer.“
„Inlen, Inlen“, rief Merret, von der Leidenschaft des Mädchens erschrockt, die aufgeregte Schwärze liehsvoll in ihre Arme und an ihr Herz stehend, „besten dich, Kind, komm zu dir!“
„Kein“, rief Inlen, „ich will nicht so unglücklich werden, wie du, ich will fort von dem Dühoo.“
„So geh“, sagte Jens Jürgens hart. „Weisende Leute soll man nicht aufhalten.“ Die Tür ist offen.“
„Jens!“ schrie Merret auf, „da darfst sie nicht fortlassen. Du hast mir versprochen, wie ein Vater, wie ein Bruder für Inlen zu sorgen.“
„Tu ich auch“, sagte Jens, gemühtlich seine Hände in die Hosentaschen stekend, während die alte Kneffen, die sich in ihrer Abendmahlsacht nicht hören ließ, mit bösen Augen nach Inlen schielte und sich dabei die fertigen Finjere abwechselnd mit der Junge abschiede.
„Kann ich wohl besser für Inlen sorgen, als daß ich ihr meinen liebhaftigen Bruder zum Mann gebe? Will sie ihn nicht, so ist sie die längste Zeit in Dühoo gewesen.“
„Inlen zog jetzt das blonde Dauri der Schwärze beneidung gegen ihre Brust. „Sei Hil, Merret“, sästerte sie, „und laß mich. Mit Uwe Jürgens könnte ich nicht mehr unter einem Dach wohnen. Entweder er oder ich

Verjunktene Welten.

Ein Roman von der Insel Selt von Ann Wotke.
21. Fortsetzung.
Mutter kreischen heulte laut auf.
„Du, du wagt es, so zu lügen!“ brüllte Uwe fast sinnlos vor Wut. „Erwidern hätte ich ihn wollen, als ich euch beide Hand in Hand sah. Oder willst du es leugnen, daß du mit dem fremden Galkanten, den ich heute schon in Besterland mit einer feinen Dame schön tun sah, Hand in Hand die Straße gingst?“
Inlen fiel es dühlig wie Bergeslast aus dem Hals. Ja, Uwe hatte recht, sie selbst hatte Tam Erich ja heute mit einer eleganten, schönen Frau sprechen und scherzen sehen. Wie hatte sie das nur vergessen können! Wer nur einen Augenblick wahrte Inlens Bögern. Sie hob trotzig den blonden Kopf.
„Ich leugne es gar nicht“, sagte sie herb. „Ich hatte dem Doktor etwas versprochen und darum gab ich ihm die Hand.“
„Du hast dem fremden Kerl gar nichts zu verzeihen“, tobte Uwe wie unfinnig umher. „Ich sage dir, nimm dich in acht, Inlen. Ich verstehe keinen Spas, und ob ich dem Kerl den Arm entzwei schlage oder ihn mausetot mache, ist mir ganz egal, wenn er mich im Wege ist. Das merke dir und richte dich darnach.“
„Du drohst“, lachte Inlen jetzt mit hellem Loh auf und trat fastlos dem Wütenden gegenüber. „Welches Recht hast du denn über mich? Was soll dir denn ein? „Das werde ich dir schon zeigen!“

Inlens graue Augen bligten somrig auf. „Dag es nicht, mich anzurücken“, lag in ihrem zwingenden Blick.
Uwe trat etwas ernüchtert zurück. An seiner sah er zu Merret hinüber, die leuchtend dazub und seinen Laut über die Lippen brachte.
„Im übrigen“, fuhr Inlen fort, „kann ich dir schon heute die Antwort geben, die ich dir zum Erntebankfest versprochen. Du kannst eine andere freien, Uwe Jürgens. Einen Kaufbold und Totschläger nehme ich nicht zum Mann.“
Uwes braunes Gesicht wurde ganz kalt, und seine großen Hände bebten. An den blauen Augen funkelte eine sinnlose Wut, und es war, als ob er sich auf Inlen stützen wollte. Aber Jens Jürgens bereitete es, indem er mit einem einzigen Rud Uwe zur Tür hinauszog.
„Mach in die Kammer“, gebot er. „Schlaf deinen Kampf aus, und dann können wir weiter reden. Und du“, wandte er sich an Inlen, „nimm dich zusammen. Gestrichel wird hier nicht, und zu bestimmen hast nicht du, sondern ich. Dein Vater hat mir Gewalt über dich gegeben, und ich weiß besser, was dir frommt.“
Wachte dich danach?“
Auch Inlens seltsames Gesicht war jetzt tief erleichtert. „Deine Gewalt über mich wird nicht ewig währen“, entgegnete sie mit tiefem Gröhl. „Ich lasse mich nicht von dir knechten, wie Merret es tut, weder von dir noch von Uwe, noch von der alten bösen Frau dort, die uns das Leben verflucht.“
„Ach, laß mich reden“, rief sie, als Merret, wie in waschinniger Angst, die Hände stützend erhob, „einmal wenigstens will ich dir sagen, wie ich über euch denke. Für das Brot, das ich bei euch esse, wollt ihr